

Schwierige Politik im Regenwald

BRASILIANISCHE BUNDESPOLIZEI STARTET DIE OPERATION

„FEUERBOGEN“ IM AMAZONASGEBIET

In den ersten Wochen des Jahres 2008 machten besorgniserregende Meldungen über die Vernichtung des Regenwaldes im Amazonasgebiet die Runde. Die brasilianische Umweltministerin Marina Silva berichtete, dass allein im vergangenen halben Jahr eine Fläche von 3235 Quadratkilometern tropischen Regenwaldes – größer als das Saarland – abgeholzt worden sei. Die Ministerin sprach in diesem Zusammenhang von einer „nie gesehenen“ Zunahme der Entwaldung – Staatspräsident Lula hingegen kritisierte die Aussage seiner Ministerin und hielt diese schlichtweg für übertrieben.

Ein großes Problem im Zusammenhang mit der Entwaldung in der Region stellen illegale Abholzungen dar. Dies wurde besonders in den vergangenen Wochen durch den großangelegten Einsatz von brasilianischen Bundestruppen im Rahmen der sogenannten Operation „Feuerbogen“ deutlich. Zur Bekämpfung illegaler Abholzungen und des illegalen Holzhandels startete die brasilianische Bundespolizei die nach Medienberichten bisher größte Polizeiaktion im Amazonasgebiet. Zentrum der Operation war die Stadt Tailândia, 235 km südlich von Belém, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Pará, einem der Hauptgebiete des tropischen Regenwaldes.

Die eingesetzten Sicherheitskräfte bestanden aus 300 Vertretern der Bundespolizei und der Nationalen Sicherheitseinheit, die die Beamten der brasilianischen Umweltbehörde IBAMA (Instituto Brasileiro de Meio Ambiente e de Recursos Naturais) verstärken mussten, nachdem diese in Auseinandersetzungen mit den Holzfirmen und deren Arbeiter geraten waren. Der brasilianische Justizminister Tarso Genro teilte mit, dass die Truppen auf unbestimmte Zeit in Tailândia und im Bundesstaat Pará bleiben werden, um die illegalen Holzfällaktionen und eventuelle neue Protestaktionen gegen die Kontrollen einzudämmen. Er erklärte, dass es ein „Vakuum an Staats-Präsenz“ in der Region gäbe. Nach seinen Worten werde die Bundespolizei etwa 10 auf Dauer angelegte Stützpunkte in Tailândia und den Zugangsstrassen zu der Stadt einrichten, um so die Transportwege des illegalen Holzhandels zu überwachen.

Laut Angaben des Umweltministeriums des Bundesstaates Pará sind 69 der 90 Sägewerke in Tailândia illegal. Das Ministerium gab an, dass es in der Region ebenso Hunderte von illegalen Öfen zur Herstellung von Holzkohle gäbe. Allein in der letzten Februarwoche haben Kontrolleure der Landesregierung von Pará und Militärpolizisten aus Tailândia 140 illegale Kohleöfen unter Zwang stillgelegt. Die Anweisung lautete, die Öfen der illegalen Firmen mit Traktoren zu zerstören. Ein Befehl, der zeigt, wie angespannt und aufgeladen die Stimmung in der Region ist.

Die Operation „Feuerbogen“, die in Tailandia begonnen wurde, weil dort 15.000 Kubikmeter illegal gefälltes Holz sichergestellt wurden, wird auf alle Staaten der Amazonasregion ausgeweitet. Die Bundesbehörden werden zunächst in den 36 Kommunen eingreifen, in denen nach Angaben der Bundesregierung im vergangenen Jahr am meisten abgeholzt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRASILIEN

ANJA CZYMMECK

März 2008

www.kas.de

www.kas.de/brasilien

wurde. Tailândia ist eine davon. Laut Bundespolizei wird die jetzige Aktion das größte Kontingent für eine Operation dieser Art mobilisieren: 156 Mitglieder des nationalen Heeres, etwa 50 Kräfte der Bundespolizei und 100 Mitarbeiter der nationalen Umweltbehörde IBAMA. Weitere 200 Militärpolizisten von Pará werden die Operation ebenfalls unterstützen. Alle Kräfte wurden gebündelt, um in dieser ersten Etappe des Grosseinsatzes Kontrollen durchzuführen und herauszufinden, wer abholzt und welche Firmen illegal operieren.

Die Bevölkerung reagierte mit gewaltigen Protesten gegen diese Kontrollen. Die heftige Reaktion der Anwohner hatte eine Fortsetzung der Kontrollen zunächst unmöglich gemacht, so dass Bundeskräfte zum Einsatz gerufen wurden. Die Ankunft der Bundestruppen hat die 67.000-Einwohner-Stadt Tailandia in Aufruhr versetzt. Die Bewohner liefen bei Ankunft der Truppen aus ihren Häusern und stellten sich am Straßenrand der Hauptverkehrsachse Tailandias auf, um die Durchfahrt des Konvois unter Protesten zu verfolgen. Während des Konflikts zwischen Holzhändlern und der Militärpolizei wurde eine Zufahrtsbrücke zur Stadt durch brennende Holzblöcke auf der Fahrbahn blockiert. Demonstranten zerstörten darüber hinaus das Stadtforum und hielten eine Gruppe von Kontrolleuren in einem Sägewerk gefangen. Die Bundesregierung kündigte angesichts dieser heftigen Proteste an, gegen diese Firmen und Holzfäller, Maßnahmen zu treffen. Ziel sei es, dass keine weiteren Bäume gefällt werden. Außerdem ist geplant, neue Bewohner in der Region anzusiedeln, um der Gesellschaft Alternativen im Hinblick auf Arbeit, Bildung und Entwicklung zu bieten. Wie diese allerdings konkret aussehen sollen, vermochte bisher noch niemand zu sagen.

In den Holzfällerbetrieben und Sägewerken herrscht indessen Sorge um die Arbeitsplätze. Der Präsident der Holzarbeitergewerkschaft von Tailândia, Francisco das Chagas, gab an, dass bereits 2.018 der 2.973 Angestellten entlassen worden seien.

Die 67.000-Einwohner-Gemeinde Tailândia entstand vor 40 Jahren im Rahmen der wirtschaftlichen Nutzung der Regenwälder. Die Holzwirtschaft trägt zu 70 Prozent zum Gesamtbruttoeinkommen der Stadt bei. Das macht deutlich, wie groß die Folgen der Zwangstilllegungen der Holzverarbeitenden Betriebe für die Einwohner sind und wie viel Zündstoff der Konflikt zwischen dem Schutz des Regenwaldes und der wirtschaftlichen Absicherung seiner Bewohner bietet. Gleichzeitig ist der Kampf gegen die illegale Abholzung für die brasilianische Bundesregierung und die einzelnen Landesregierungen eine große finanzielle Belastung.

Die Gouverneurin von Pará, Ana Julia Carepa (PT – Partido dos Trabalhadores - Arbeiterpartei), teilte beispielsweise schon mit, dass ihr Bundesstaat nicht allein den Preis für den Kampf gegen die Vernichtung des Regenwalds am Amazonas bezahlen kann, welcher sich nach ihrer Einschätzung auf umgerechnet fast 800 Millionen Euro pro Jahr beläuft. Sie vertritt die Ansicht, dass nicht nur das Volk von Pará die Kosten tragen muss, sondern Brasilien – wenn nicht sogar die internationale Staatengemeinschaft. Denn schließlich hätten alle Staaten einen Nutzen von der Erhaltung des brasilianischen Regenwalds. Die Gouverneurin will in den Holzfäller-Städten ein neues wirtschaftliches Alternativentwicklungsmodell für die Bewohner schaffen, um somit gegen die Abholzung im Amazonasgebiet vorzugehen. Sie ließ aber auch noch offen, wie es genau aussehen soll.

Die brasilianische Umweltministerin, Marina Silva, sagte angesichts der Konflikte in Pará, dass die Zentralregierung in Brasilia keine Angst vor den Protesten der Holzhändler und Besitzer der Sägewerke habe und weiter massiv gegen sie vorgehen werde. Sie kündigte an, dass die Bundespolizei und das zuständige Umweltamt IBAMA die Operation „Feuerbogen“ und andere Maßnahmen zur Erhaltung der Regenwälder fortsetzen werden. Die Polizisten und Kontrolleure sind jedoch mit Nachdruck angewiesen worden, gewalttätige Konfrontationen mit der aufgebrachtten Bevölkerung zu vermeiden. Die Ministerin will gezielt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

gegen die Chefs des illegalen Holzhandels vorgehen und nicht die breite Bevölkerung in die Verantwortung nehmen.

BRASILIEN

ANJA CZYMMECK

März 2008

www.kas.de

www.kas.de/brasilien

Der Start der von vielen Protesten begleiteten Operation „Feuerbogen“ im tropischen Regenwald hat einmal mehr deutlich gemacht, wie groß das Konfliktpotential zwischen dem materiellen Überleben zahlreicher Arbeiter und dem Profitstreben einiger holzverarbeitender Betriebe auf der einen Seite und der Sorge der Weltgemeinschaft um den tropischen Regenwald ist. Der Konflikt läuft fast unbemerkt im Amazonasgebiet ab, ohne dass Medien größere Notiz von ihm nähmen. Die Staatengemeinschaft darf aber nicht einfach wegschauen und so tun, als wäre dies nur ein Problem, das Brasilien alleine regeln muss, denn die globale Bedeutung des tropischen Regenwalds im Amazonasgebiet ist unbestritten und erfordert ein globales Bewusstsein für gemeinsame Maßnahmen.

KAS Brasilien – Büro Fortaleza

Email: kas-fortaleza@adenauer.org.br

www.adenauer.org.br

www.sustentavel.inf.br